

Silke Gülker

Demokratische Freiheiten unter rechtsautoritärem Druck – sozialökologische Transformation am Ende?

Bericht zur Fachtagung am 7. Oktober 2025 in Berlin

1 Ziel und Aufbau der Tagung

Der Trend ist seit Jahren ungebrochen: Rechtsautoritäre Akteure gewinnen an Einfluss, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Diesem Trend widmete sich die Fachtagung *Demokratische Freiheiten unter rechtsautoritärem Druck – sozialökologische Transformation am Ende?*, die vom *Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP)* der Katholischen Hochschule für Sozialwesen (KHSB) Berlin und der *AG Menschenrechte unter Druck durch Autoritarismus und Rechtsextremismus* der Deutschen Kommission von Justitia et Pax veranstaltet wurde. Ziel der Tagung war es, aktuelle Angriffe auf demokratische Freiheiten und Menschenrechte konkret erkennbar zu machen. Der Aufbau der Tagung war zweigeteilt: Am Nachmittag traten Expert*innen aus Deutschland und Polen miteinander in Austausch, um rechtsautoritäre Bedrohungslagen demokratischer Freiheiten aus ihren unterschiedlichen Perspektiven zu analysieren. Zunächst wurden solche Bedrohungen in Deutschland und Polen übergreifend erörtert, anschließend für Themen der Landnutzung und Landwirtschaft und schließlich für die betriebliche Arbeitswelt konkretisiert.

Am Abend wurde dann in einer öffentlichen Podiumsdiskussion danach gefragt, ob und inwiefern Religion eine Ressource zur Unterbrechung autoritärer Tendenzen sein kann. Die Erörterungen der Veranstaltung dienten der AG von Justitia et Pax auch als Grundlage für ihre weitere Arbeitsplanung.

2 Entwicklungen in Deutschland und Polen

Der einführende Beitrag von *Andreas Lob-Hüdepohl*, Direktor des ICEP, machte nachvollziehbar, wie aktuell eine Idee von demokratischen Freiheiten, die sich auf den universalistischen Kern der Menschenrechte beruft und Gleichfreiheit für alle Menschen zum Ziel hat, unter Druck gerät. Die progressive Tendenz des zunehmenden Einschlusses von Subjekten und Lebensbereichen, die dem Verständnis von sozialer Freiheit als Menschenrecht inhärent ist, würde durch ein libertäres Freiheitsverständnis umgekehrt:

Libertäre Freiheit setze das eigene Ego absolut, verwehre jede Einhegung eigener Optionen. Dieses Verständnis ignoriere nicht zuletzt alle sozialökologischen Transformationsnotwendigkeiten. Nach der Maßgabe des Rechts des Stärkeren würde hier Freiheit exklusiv und verweigerte gleiche menschenrechtliche Ansprüche. Wenn das Regressive mit dem Autoritären verschmilzt, so Lob-Hüdepohl, sei allerdings jede Form von Freiheit bedroht, die Gleichfreiheit unmittelbar, mittelbar auch die libertäre Freiheit selbst.

Wie demokratische Freiheiten in einer rechtsautoritären Regierung konkret eingeschränkt werden, machte *Jan Murawski*, Club der katholischen Intelligenz (KIK) in Warschau, am Beispiel Polens deutlich: Die von der PiS Partei (Prawo i Sprawiedliwość, zu Deutsch: Recht und Gerechtigkeit) geführte Regierung hat hier zwischen 2015 und 2023 mit einem Umbau des Justiz- und des Mediensystems fundamentale Einschnitte in den demokratischen Institutionen vorgenommen, deren Umkehrbarkeit sich erst noch zeigen muss. Und auch wenn die PiS Regierung abgewählt wurde, haben die drei starken rechtsautoritären Parteien des Landes weiterhin eine starke Wähler*innenschaft. Zentral für deren Erfolg sind aus Sicht Murawskis deren narrativen Strategien, die insbesondere durch starke Social-Media-Präsenz umgesetzt werden und hier auf starke Resonanz stoßen.

3 Landnutzung und Landwirtschaft

Mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft ging die Tagung darauf ein, dass angesichts sozialökologischer Transformationsnotwendigkeiten auch die Bedeutung von Freiheit neu beleuchtet werden muss. *Gerhard Kruip*, Universität Mainz, war als Mitglied der Sachverständigengruppe *Weltwirtschaft und Sozialethik* der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz Mitautor der Studie *Ernährungssicherheit, Klimaschutz und Biodiversität: Ethische Perspektiven für die globale Landnutzung*. Diese Studie wurde von Teilen der Landwirt*innen kritisiert. Kruip klärte den Auftrag der Studie, ethische Orientierungen für die globale Landnutzung zu entwerfen. Aus der Anerkennung der Menschenwürde und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ergäben sich demnach Freiheits- und Beteiligungsrechte und damit ein Recht auf Nahrung und ein Recht auf Eigentum. Die Studie zeige allerdings die ethischen Grenzen von Freiheit und Eigentum auf. Dass sich hieran teils heftige Kritik entwickeln konnte, führt Kruip auch auf das Wirken populistischer Politikunternehmer*innen zurück.

Die teilweise erkennbare Heftigkeit der Kritik erklärte Kruip allerdings auch damit, dass die Studie eine weithin zu beobachtende Beschädigung des Selbstwertgefühls und des Stolzes von Landwirt*innen möglicherweise verstärkt habe. An diese Beobachtung schloss *Nicole Podlinski*,

Vorstandmitglied des Internationalen ländlichen Entwicklungsdienstes, an, die sich in ihrem Beitrag mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenstrategien von Populismus und Rechtsextremismus in ländlichen Räumen auseinandersetzte. Soziale Unsicherheiten und ein Gefühl der Vernachlässigung machte sie als die wesentlichen Faktoren in diesem Zusammenhang aus. Dass viele ländliche Regionen Strukturschwächen im materiellen Sinn aufweisen, wäre dabei aber nur ein Teil der Erklärung. Bedeutsam sei vielmehr auch eine kulturelle Verunsicherung durch veränderte Rollenerwartungen. Podlinski zeigte auf, wie die Abwanderung vieler gut ausgebildeter Frauen dazu führt, dass der ländliche Raum zu einer Gesellschaft einsamer Männer wird, in der sich Zirkel alternativer Wirklichkeiten entwickeln können. Lebhaftige Verbände, Vereine und Kirchengemeinden wären demnach von zentraler Bedeutung für die Prävention und für das Aufbrechen solcherart kultureller Entfremdung.

4 Arbeitswelt

Die Rolle, die im ländlichen Raum Verbände, Vereine und Kirchengemeinden spielen, kann in Betrieben den Gewerkschaften und Betriebsräten zukommen. *Wolfgang Schröder*, Universität Kassel, charakterisierte den Betrieb als einen sozialen Raum, in dem Interessengegensätze und -konflikte auszutragen sind. Er legte dar, wie rechte Propaganda bei Arbeiter*innen verfangen kann. Eine wichtige Unterstellung rechter Akteure sei die des Co-Managements: Die gewählten Vertreter*innen, so die Behauptung, würden sich nicht genug für die eigentlichen Interessen der Arbeiter*innen einsetzen, sondern mit den Betriebsleitungen gemeinsame Sache machen. Mit dem *Zentrum Automobil* wurde eine Gegenorganisation gegründet, die eine personelle Nähe zum rechtsextremen Milieu aufweist und von einem breiten rechten Netzwerk inklusive der AfD unterstützt wird. Mitglieder des *Zentrums* wurden in mehreren Betrieben der Automobilbranche in den Betriebsrat gewählt. Als Bollwerk gegen die Verbreitung rechter Ideologien könnten starke Gewerkschaften wirken, so Schröder, die durch inklusive Bildungsarbeit und klare Positionierung für demokratische Werte kulturprägend sind.

An der Aufrechterhaltung eines solchen Bollwerks arbeiten *Gunnar Berger* und *Nino Vogel* vom Betriebsrat im BMW Werk Leipzig. Eindrücklich beschrieben sie, wie auch in ihrem Betrieb das *Zentrum Automobil* versucht, Einfluss zu gewinnen. Die zunächst in den Betriebsrat gewählten *Zentrum*-Vertreter*innen seien demnach vor allem durch Behinderung der Betriebsratsarbeit aufgefallen. Offenbar mit professioneller Unterstützung rechter Netzwerke haben sie eine Reihe von Rechtsverfahren eingeleitet, die zwar alle abgewiesen werden konnten, die aber enorme Arbeitsressourcen

gebunden hätten. Inzwischen sei es durch intensive Arbeit im Betrieb gelungen, die Zahl der *Zentrum*-Vertreter*innen von drei auf einen zu reduzieren. Wichtig sei dafür, so beschreiben es Berger und Vogel, eine offene Betriebskultur zu gestalten. Im Werk arbeiteten Menschen aus 89 Nationen zusammen. Im Jahre 2024 wurden – entgegen dem allgemeinen Trend – 900 Personen zusätzlich eingestellt, die fast alle kaum Deutschkenntnisse hätten. Der Betriebsrat habe Integrationskurse innerhalb des Betriebs mitentwickelt. Berger betonte, dass die Arbeit vor Ort gegen das Erstarken rechter Bewegungen allerdings auch auf Unterstützung durch Politik und Wissenschaft und auch durch die Kirchen angewiesen sei.

Alle Beiträge wurden im Plenum intensiv diskutiert. Die Aufforderung, hinzusehen und das Engagement vor Ort zu unterstützen, wurde sowohl in Bezug auf die Arbeitswelt als auch in Bezug auf den ländlichen Raum bekräftigt. Schilderungen von Teilnehmer*innen drückten die Sorge aus, dass sich in manchen Regionen eine Normalisierung von rechtsautoritärem Denken entwickeln würde, die nur noch schwer zu durchbrechen sei. Akteure vor Ort bräuchten hier öffentliche Aufmerksamkeit und breites gesellschaftliches Engagement. Sowohl für den Kontext Arbeit als auch für den ländlichen Raum wurde wiederholt die Bedeutung von Begegnung hervorgehoben. Diese Begegnung erfordere Zeit und Räume – Räume, die auch und gerade von Kirche offengehalten werden sollten.

5 Religion als Ressource?

Die anschließende Podiumsdiskussion stand unter dem Titel *Religion als Ressource zur Sicherung von sozialem Frieden und Demokratie*. Podiumsteilnehmende waren *Malu Dreyer*, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz 2013-2024, *Marc Frings*, Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), *Marianne Heimbach-Steins*, Universität Münster und *Christian Staffa*, Evangelische Akademie zu Berlin.

In seiner Begrüßung konstatierte *Andreas Lob-Hüdepohl*, dass Transformationsprozesse wohl noch nie so notwendig und zugleich noch nie so gefährdet wären wie heute. *Michelle Becka*, Universität Würzburg und Moderatorin des Abends, betonte vor diesem Hintergrund, dass der Titel der Veranstaltung in der Vorbereitung immer mit einem Fragezeichen gedacht war – denn Religion wäre in der Geschichte wie auch heute immer sowohl Teil der Lösung als auch Teil Problems gewesen.

An dieser Ambivalenz entwickelte sich auch die gesamte intensive Diskussion des Abends. Dabei machten schon in einer persönlichen Einstiegsrunde alle Podiumsteilnehmenden deutlich, wie sehr sie demokratische Freiheiten aktuell durch eine global organisierte Rechte bedroht sehen. In

dieser Situation wäre es, so die geteilte Einschätzung, eine unhintergehbare christliche Verantwortung, für Menschenwürde und Menschenrechte für alle einzutreten. Malu Dreyer verwies in dem Zusammenhang auch darauf, wie wichtig die Positionierung der deutschen Bischöfe gegen die AfD aus ihrer Sicht war. Marc Frings bezog sich auf das Zitat von Hannah Arendt, nach der niemand das Recht habe, gehorsam zu sein. Aktuell würde dies bedeuten, dass niemand das Recht habe wegzuschauen. Marianne Heimbach-Steins machte darauf aufmerksam, mit welchen Zumutungen aktuell umgegangen werden muss – dass aber trotz aller Zumutungen Kommunikation aufrecht erhalten bleiben müsse. Biblisch wäre Freiheit nicht etwas, das Menschen selbst in der Hand haben, sondern ein Geschenk. Diese geschenkte Freiheit sei aber aktuell bedroht und ihre Erhaltung eine christliche Verantwortung.

Christian Staffa bemerkte allerdings, dass Christ*innen nur dann Teil der Lösung sein könnten, wenn sie erkennen würden, inwiefern sie auch Teil des Problems sind. Diese problematische Seite von Religion wurde weiter vertieft, und es stellte sich heraus, wie zum einen Kirche als soziale Organisation und zum anderen auch theologische Positionen zum Erstarren von Rechtsautoritarismus beitragen können. *Sozial* hielt etwa Christian Staffa die Rolle der Kirchen während der Corona-Pandemie für problematisch – Kirchentüren wären geschlossen, die Türen rechter Organisationen aber geöffnet gewesen. Marc Frings forderte von Kirchenvertreter*innen mehr klare Positionierung, mehr Mut und Demut anstelle von Angst und Hochmut. Malu Dreyer stellte heraus, dass Kirchen hier mit ähnlichen Abwägungen zu kämpfen hätten wie die Politik: Einerseits sei Klarheit gefordert, andererseits sollte Dialogbereitschaft erkennbar bleiben.

Theologisch würden immer dann Probleme entstehen, wenn Differenz geleugnet und Einheitlichkeit und Eindeutigkeit als von Gott gewollt dogmatisch als alternativlos dargestellt würden. Marianne Heimbach-Steins führte diese Überlegung am Beispiel der Genderfrage aus: Hier würden humanwissenschaftliche Erkenntnisse systematisch ignoriert und eine Eindeutigkeit behauptet, die real nicht existent wäre. Auch in der Migrationsdebatte würden sich – entgegen der lehramtlichen Aussagen – manche Theolog*innen mit vereindeutigenden Beiträgen einmischen, die rechte Akteure unterstützen und Ausgrenzung legitimieren könnten.

Dabei, so die weitere Debatte, könnte genau hier die Ressource der christlichen Botschaft liegen: In der Anerkennung von Differenz und Unsicherheit. Christian Staffa stellte heraus, dass es in der Bibel keinen Hinweis darauf gäbe, dass wir als Menschheit Sicherheit bekommen, und dass dieser Aspekt theologisch noch deutlich stärker erörtert werden könnte. Wenn Unsicherheit, Differenz und Uneindeutigkeit nicht als Problem, sondern als

Chance für Kreativität und als besondere Stärke der christlichen Botschaft verstanden werden könnte, dann könnte hier auch eine wirksame Ressource für das Engagement zum Schutz demokratischer Freiheit liegen.

Diese Stärke, so knüpfte Heimbach-Steins an, könne die christliche Botschaft insbesondere dann entfalten, wenn gleichzeitig deren Kernaussage wachgehalten würde: Dass wir Menschen nicht allein gelassen sind – dass wir nicht alles in der Hand haben, aber auch nicht an allem schuld sind. Christen könnten ein gelingendes Leben führen und sich geborgen fühlen, auch wenn ihnen nicht alles gelingt.

Die soziale Aufgabe der Kirchen würde demnach darin bestehen – und damit wurde das Anliegen des Nachmittags vertieft – Orte zu schaffen und zu erhalten, die diese stärkende Botschaft erfahrbar machen. In den Kirchengemeinden, aber auch in der Politik, im Ehrenamt, in den Vereinen brauche es Möglichkeiten, eigene Wirksamkeit zu erfahren. Solche Orte gestalte auch beispielsweise die Klaus Jensen Stiftung, wie Malu Dreyer herausstellte, die deren Mitstifterin ist. Marc Frings machte darauf aufmerksam, dass Kirchen mehrere Orte bieten, die 24/7 geöffnet seien, dass es aber einer enormen Anstrengung bedürfe, diese auch in der Fläche zu halten.

In der Plenumsdiskussion wurde zum einen erörtert, wie die Balance zwischen klarer Positionierung auf der einen Seite und Dialogbereitschaft auf der anderen Seite gelingen könnte. Zum anderen – auch hier schloss die Debatte an die schon am Nachmittag artikulierten Sorgen an – wurde herausgestellt, wie schwierig ein Engagement in Regionen sei, in denen die AfD Wahlergebnisse von 48 % habe. In solchen Regionen wären breite gesellschaftliche Bündnisse notwendig und insbesondere auch die Kirchen gefragt, über ihren eigenen Tellerrand hinauszuschauen, die eigene *bubble* zu verlassen und Räume (mit-)zugestalten, in denen der Wert von Demokratie erfahren werden kann.

Über die Autorin

Silke Gülker, PD Dr. phil, Geschäftsführerin des Instituts für christliche Ethik und Politik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin. Email: silke.guelker@icep-berlin.de.

Cite as

Gülker, Silke (2026): Demokratische Freiheiten unter rechtsautoritärem Druck – sozialökologische Transformation am Ende? Bericht zur Fachtagung am 7.10.2025 in Berlin, (JCSW Pre-Print 67), 1–6, online unter <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/jcsw/libraryFiles/downloadPublic/189>